Deutscher Bundestag **Drucksache 17/656**

17. Wahlperiode 09. 02. 2010

Antrag

der Abgeordneten Nicole Maisch, Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Friedrich Ostendorff, Katja Dörner, Kai Gehring, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kinderspielzeug – Risiko für kleine Verbraucher

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die EU-Spielzeugrichtlinie (2009/48/EG) entspricht auch nach ihrer Novellierung im Jahr 2008 nicht dem neusten Stand der Wissenschaft. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) konnte in seiner Stellungnahme vom 14. Oktober 2009 nachweisen, dass sich noch immer krebserregende Chemikalien in Kinderspielzeugen befinden. Das BfR kam zu dem Ergebnis, dass die Werte der gemessenen gefährlichen Substanzen in Spielzeugen den Wert, der als unbedenklich gilt, zum Teil um das Hundertfache übersteigen. Insbesondere kritisierte das BfR ein überhöhtes Krebsrisiko für Kinder durch veraltete Grenzwerte für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), die im begründeten Verdacht stehen, erbgutverändernd zu wirken, Krebs zu erzeugen oder die Fortpflanzung zu beeinträchtigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

umgehend einen Bericht und einen Maßnahmenplan vorzulegen, der den erforderlichen Nachbesserungsbedarf an der EU-Spielzeugrichtlinie, mögliche nationale Maßnahmen und eine bessere Marktüberwachung zum Inhalt hat.

Berlin, den 9. Februar 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Kinderspielzeug muss sicher und frei von Giften sein, doch die Realität sieht anders aus. Bei einer Untersuchung der Zeitschrift „Öko-Test“ vom Dezember 2009 schnitten fast die Hälfte der 72 getesteten Produkte mit ungenügend oder mangelhaft ab. Deshalb muss die Bundesregierung im Sinne eines vorsorgenden Verbraucherschutzes umgehend darauf hinwirken, dass die EU-Spielzeug-

richtlinie überarbeitet wird, damit gesundheitliche Gefahren für Kinder durch Spielzeug in Zukunft ausgeschlossen werden können. Die Bundesregierung hat trotz Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/99 keine umfassende Marktanalyse vorgenommen. Die parlamentarische Berichterstattung über die aktuelle Expertendiskussion ist unzureichend.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333